

Chart of the Week

MAGAnomics als Investitionsbremse

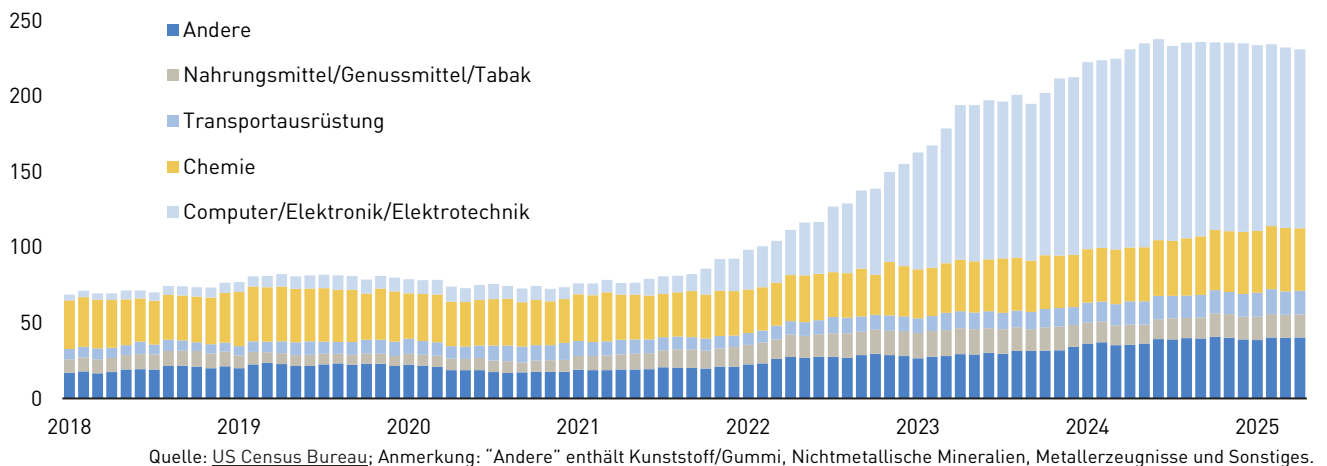
US-Fabrikbau verliert langsam an Fahrt

Seit dem Inkrafttreten des CHIPS Act und des Inflation Reduction Act (IRA) im Jahr 2022 erlebten die USA einen regelrechten Bauboom bei Fabrikgebäuden. Die Investitionen in diesem Bereich sind seither deutlich gestiegen und machten im Jahr 2023 rund zwei Drittel des gesamten Wachstums der Investitionsausgaben aus. Besonders dynamisch gestaltete sich die Entwicklung in den Sektoren Elektrofahrzeuge/Batterien und Halbleiter: Hier haben sich die Investitionen seit 2021 mehr als verfünffacht. Jüngste Daten zeigen jedoch, dass die Investitionseuphorie nachlässt: Im April 2025 ist das Wachstum der Bauinvestitionen auf 0 % gesunken. Zum Vergleich: Im März 2023 lag es noch bei über 70 %.

Nach dem Boom: Wachstum der US-Fabrikinvestitionen im April 2025 auf 0 % gesunken

Laufende US-Bauinvestitionen in Fabrikgebäude

Angaben in Mrd. USD pro Jahr



Dieser Rückgang ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass zahlreiche geförderte Projekte der Fertigstellung nahe sind und daher nicht mehr in die laufende Statistik einfließen. Daneben wirken sich hohe US-Zölle auf Vorprodukte zunehmend belastend auf Lieferketten aus und erhöhen die Produktionskosten. Für zusätzliche Verunsicherung sorgt die politische Debatte über eine mögliche Rücknahme oder Einschränkung des IRA. Ein Ende dieses industriepolitischen Programms hätte dabei nicht nur weitreichende Folgen für die Re-Industrialisierungsbemühungen in den USA. Auch europäische Clean-Tech-Exporteure müssten mit einer deutlich geringeren Nachfrage aus den Vereinigten Staaten rechnen. Besonders für österreichische Unternehmen wären dies nachteilige Entwicklungen, birgt doch gerade der Bereich der Umwelttechnologien ein erhebliches Potenzial für zusätzliche Exporte in die USA.

FAZIT: Der Boom im US-Fabrikbau zeigt, dass eine gezielte Industriepolitik den Aufbau heimischer Produktionskapazitäten in strategischen Sektoren effektiv fördern kann. Nun droht die US-Regierung jedoch jene Erwartungssicherheit zu untergraben, die Unternehmen bislang mit dem IRA und dem CHIPS Act verbunden hatten. Für Industrieunternehmen sind Planungssicherheit und stabile Lieferketten essenziell. Österreich und die EU sollte daraus Lehren für ihre eigene Industriestrategien ziehen: Diese sollten auf den Aufbau und die Stärkung von Schlüsseltechnologien abzielen, langfristig ausgerichtet sein und nationale und europäische Ansätze bestmöglich aufeinander abstimmen. Europa hätte dabei einen wesentlichen Startvorteil, denn es könnte bereits auf einer starken industriellen Basis aufbauen. Die Sozialpartner haben eine Studie zur Industriepolitik in der Transformation erarbeitet und damit eine erste gemeinsame Grundlage als Input für die Industriestrategie der Bundesregierung vorgelegt.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
 Wirtschaftskammer Österreich
 Abteilung für Wirtschaftspolitik
 Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
 wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
 MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
 Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
 Peter Obinger,
 peter.obingerl@wko.at
 Tel: +43 5 90 900 | 4252
 17. Juni 2025